



Jahresbericht 2006

Im Berichtszeitraum lagen die Schwerpunkte der Arbeit des *Interkulturellen Rates in Deutschland* auf folgenden Themenfeldern:

1. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung

a) Projekt 21. März – Internationale Woche gegen Rassismus

Anlässlich des Anti-Rassismustages der Vereinten Nationen am 21. März organisierte der Interkulturelle Rat (IR) – gefördert im Rahmen des entimon-Programms der Bundesregierung - wie in den Jahren zuvor die *Internationale Woche gegen Rassismus*, die vom 18.-26. März 2006 stattfand. Neben einem Aktionsplakat und einem 12-seitigen Leporello, das über die Hintergründe und Aktionsmöglichkeiten im Rahmen der Aktionswoche informierte, wurde beim Interkulturellen Rat eine 80-seitige Broschüre erarbeitet. Die Publikation beinhaltet zielgruppenorientierte Beschreibungen beispielhafter Veranstaltungs- und Aktionsformen sowie einen umfangreichen Materialteil. Dort wurden in kompakter Form Aussagen der politischen Parteien zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorgestellt und statistische Daten zu fremdenfeindlich motivierten Straftaten vorgelegt. Schließlich analysierten verschiedene Organisationen die aktuelle Situation von Migrantinnen und Migranten in den Bereichen Arbeitswelt, Bildung und kommunale Verwaltung.

In Zusammenarbeit mit den Lions Clubs International, der IG Bergbau, Chemie, Energie, dem interreligiösen Projekt „Weißt Du wer ich bin“ und mit PRO ASYL wurden zudem weitere zielgruppenspezifische Materialien zur Internationalen Woche gegen Rassismus erarbeitet. Insgesamt wurden 2006 vom Interkulturellen Rat und anderen mehr als 50.000 Exemplare der verschiedenen Materialien ausgesendet. Bundesweit über 400 Veranstaltungen und mehr als 200 Medienberichte zur Aktionswoche 2006 konnte der Interkulturelle Rat dokumentieren. Damit war die Internationale Woche gegen Rassismus 2006 in Deutschland im europäischen Vergleich die umfangreichste Kampagne und so vielfältig wie niemals zuvor.

Gemeinsam mit „Gesicht Zeigen!“ veranstaltete der Interkulturelle Rat am 19. März 2006 in Frankfurt am Main eine eigene Veranstaltung zur Aktionswoche. Unter dem Titel „Rassismus schadet allen“ und unter Mitwirkung der Bundestagspräsidentin a.D. Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth stand die Situation von Gruppierungen im Zentrum der Berichterstattung und der Diskussion, die noch immer vielfach von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind. Betroffene berichteten über die Alltagserfahrungen von langjährig in Deutschland Geduldeten, von kopftuchtragenden Musliminnen und von schwarzen Deutschen. Zum 21. März, dem Internationalen Tag der Vereinten Nationen gegen Rassismus veröffentlichte der Interkulturelle Rat zudem eine vom mehr als dreißig Personen des öffentlichen Lebens unterzeichnete Erklärung, in der diese sich dafür aussprachen, „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in allen seinen Erscheinungsformen entschlossen entgegenzutreten“.

Eine ausführliche Dokumentation der Aktivitäten im Rahmen der Internationalen Woche gegen Rassismus 2006 wurde erarbeitet und steht auf der Homepage des Interkulturellen Rates zum Download bereit.

Zur Auswertung der Aktionswoche 2006 und zur Vorbereitung der Aktionswoche 2007 haben *Interkultureller Rat* und das *Forum gegen Rassismus* am 26. September 2006



in Hannover eine gemeinsame Tagung veranstaltet. Ein ausführlicher Tagungsbericht findet sich auf der Homepage des Interkulturellen Rates.

In der Vorbereitung auf die Aktionswoche 2007 wurde im Berichtszeitraum das Aktionsplakat für die Internationale Woche gegen Rassismus 2007, ein 14-seitiges Leporello sowie erneut ein 80-seitiges Materialheft erarbeitet, das Tipps und Vorschläge für Aktionen anbietet und über Rassismus in Deutschland informiert. Finanziell unterstützt wurde der Interkulturelle Rat hierbei durch die Evangelische Kirche im Rheinland, das Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main, die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), die IG Metall, den Deutschen Gewerkschaftsbund, die Lions Clubs International sowie den Westdeutschen Rundfunk, den Deutschen Bundesjugendring und die Europaratskampagne „Alle anders – alle gleich“. Weitere Informationsmaterialien wurden gemeinsam mit Lions Clubs International, der IG BCE, dem interreligiösen Projekt „Weißt Du wer ich bin?“ , mit PRO ASYL, DITIB und der Deutschen Sportjugend erarbeitet.

Mit dem 31. Dezember 2006 endete die Förderung des Projekts „Internationale Woche gegen Rassismus“ im Rahmen des entimon-Programms der Bundesregierung. Die Fortführung des Projekts wird angestrebt.

b) Gremienarbeit

Der *Interkulturelle Rat* hat regelmäßig im Forum gegen Rassismus beim Bundesinnenministerium und dem zivilgesellschaftlichen Netz gegen Rassismus mitgearbeitet. Gegenstände der dortigen Beratungen waren u.a. die von Baden-Württemberg und Hessen initiierten Befragungen von Einbürgerungskandidaten mit muslimischem Hintergrund durch die zuständigen Behörden, die geplanten Verschärfungen der Einbürgerungsvoraussetzungen, die Umsetzung den Europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien, die Frage eines Bleiberechts für langjährig in Deutschland Geduldete, der Evaluationsbericht der Bundesregierung zum Zuwanderungsgesetz, das geplante Änderungsgesetz zum Zuwanderungsgesetz sowie der vom Bundeskanzleramt initiierte „Nationale Integrationsgipfel“ und die von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble einberufene „Deutsche Islamkonferenz“

2. Aktuelle politische Entwicklungen

Im Berichtszeitraum haben die Mitglieder des *Interkulturellen Rates* zum Teil im Dialog mit externen Experten die folgenden politischen Entwicklungen und Ereignisse bearbeitet:

a) Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union

Der *Interkulturelle Rat* hat in einer gemeinsamen Stellungnahme mit PRO ASYL das im August 2006 in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz grundsätzlich begrüßt. Mit dem Gesetz wurden mit erheblichem zeitlichem Verzug die Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union wenigstens zum Teil in nationales Recht transformiert. IR und PRO ASYL kritisierten jedoch, dass die Vorgaben der europäischen Richtlinien an vielen Stellen nicht oder nur unzureichend umgesetzt würden. Beispiele seien eingeschränkte Beteiligungsmöglichkeiten von Verbänden bei der Durchsetzung von Rechten, die sich für die Opfer von Diskriminierung aus dem Gesetz ergeben, die unzureichende Ausgestaltung der Beweislastleichterung sowie die geplante Struktur der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, die eine unabhängige Aufgabenerledigung kaum zulasse.



b) Einbürgerungstests und Einbürgerungsvoraussetzungen

In zahlreichen Pressemitteilungen und Stellungnahmen hat sich der Interkulturelle Rat entschieden gegen geplante Verschärfungen der Einbürgerungsvoraussetzungen und gegen die Einführung von Tests von Einbürgerungswilligen mit muslimischem Hintergrund ausgesprochen. Er wies darauf hin, dass die Einbürgerung der rechtlichen und sozialen Integration der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer und der demokratischen Legitimation unserer staatlichen Ordnung diene und deshalb ein zentrales Ziel der Integrationspolitik sein müsse. Angesichts der stark zurückgehenden Einbürgerungszahlen in der Vergangenheit seien weitere Hürden auf dem Weg zur Einbürgerung kontraproduktiv. Die bereits heute geltenden Voraussetzungen - dauerhafte Sicherung des eigenen und des Lebensunterhalts der Familie ohne Unterstützung durch öffentliche Mittel, Nachweis von deutschen Sprachkenntnissen, keine Verurteilung wegen einer Straftat, die einen Ausweisungsgrund darstellt, keine sich aus der Regelanfrage beim Verfassungsschutz ergebenden sicherheitsrelevanten Bedenken gegen die Einbürgerung sowie Ablegen des Bekenntnisses zur freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes (Loyalitätserklärung) - seien vollkommen ausreichend.

c) Zweites Änderungsgesetz zum Zuwanderungsgesetz

Zu den im Rahmen des sogenannten *Zweiten Änderungsgesetzes zum Zuwanderungsgesetz* („Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union) geplanten asyl- und ausländerrechtlichen Verschärfungen haben Deutscher Gewerkschaftsbund, PRO ASYL und Interkultureller Rat in einem gemeinsamen Papier ausführlich Stellung genommen. Die drei Organisationen erklärten, der Gesetzentwurf sei von grundsätzlichem Misstrauen gegenüber Migranten und einem Geist der Abschottung gegenüber Flüchtlingen geprägt. Insbesondere kritisierten sie die geplante Einschränkung des Ehegattennachzugs, die vorgesehene Einführung neuer Haftformen für Flüchtlinge und Asylsuchende sowie die Fortdauer des Missstands der Kettenduldungen. Die ausführliche Stellungnahme findet sich auf der Homepage des Interkulturellen Rates. Da das Gesetzgebungsverfahren andauert, wird der Interkulturelle Rat auch in 2007 hierzu Stellungnahmen und Einschätzungen erarbeiten.

d) Evaluationsbericht der Bundesregierung zum Zuwanderungsgesetz

Den im Juli 2006 vom Bundesministerium des Innern vorgelegten Evaluationsbericht zum Zuwanderungsgesetz hat der Interkulturelle Rat in einer gemeinsamen Stellungnahme mit PRO ASYL scharf kritisiert. Sie warfen dem BMI vor, in dem Bericht wesentliche Praxiserfahrungen wie z.B. das Fortbestehen der Kettenduldungen zu ignorieren und den Bericht statt dessen für die Vorbereitung einer weiteren Verschärfungswelle im Ausländerrecht zu nutzen. Unter anderem kritisierten sie Vorschläge,

- eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um Ausländer, die Leistungen nach Hartz IV beziehen, ausweisen zu können;
- Ehegatten nicht mehr wie bisher nach zwei, sondern erst nach drei Jahren ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zuzugestehen;
- jugendlichen und heranwachsenden Asylsuchenden aufzuerlegen, den Behörden ihre Minderjährigkeit zu beweisen und
- die aufenthaltsrechtlichen Folgen von Widerrufsverfahren gegen anerkannte Flüchtlinge noch weiter zu verschärfen.



e) Nationaler Integrationsgipfel

Zum dem von der Bundesregierung initiierten „Nationalen Integrationsgipfel“ im Sommer 2006 haben PRO ASYL und Interkultureller Rat das zugrundeliegende Konzept kritisiert und in einer gemeinsamen Stellungnahme „Anforderungen an eine zukunftsfähige Integrationspolitik“ formuliert. Sie wiesen darauf hin, dass der Integrationsgipfel konzeptionell die Integrationsthematik weitgehend auf mangelhafte Deutschkenntnisse von Migranten und Flüchtlingen reduziert. Damit werden den Einwanderern schwere Defizite zugeschrieben, für die sie selbst verantwortlich sind und die einer erfolgreichen Integration in die Bildungssysteme und in den Arbeitsmarkt im Wege stehen. Damit wird Integration als eine alleinige Bringschuld von Migranten und Flüchtlingen deklariert.

In der gemeinsamen Stellungnahme wurde ausgeführt, dass Interkultureller Rat und PRO ASYL Integration demgegenüber als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und wechselseitigen Prozess begreifen, der die eingewanderte und einheimische Bevölkerung gleichermaßen herausfordert. Voraussetzungen seien u.a. auch Rechtssicherheit für Migranten und Flüchtlinge, die gleichberechtigte Teilhabe von Einwanderern am gesellschaftlichen Leben und der gleichberechtigte Zugang zu den Bildungssystemen und dem Arbeitsmarkt für Migranten und Flüchtlinge. Das ausführliche Papier steht auf der Homepage des Interkulturellen Rates zum Download bereit.

f) Bleiberecht

Im Vorfeld der Innenministerkonferenz am 16. und 17. November 2006 hat sich der Interkulturelle Rat an den Bundesminister des Innern und die 16 Innenminister in den Ländern gewandt und sie dazu aufgefordert, endlich eine wirkungsvolle und umfassende Bleiberechtsregelung für Geduldete zu beschließen. Schon im Vorfeld ist der Interkulturelle Rat in einer gemeinsamen Aktion mit PRO ASYL und DGB an die Innen- und Sozialpolitiker der Regierungsparteien herangetreten und hat sie aufgefordert, sich in ihren Fraktionen gegen eine Kürzung der Sozialleistungen für Migranten und Flüchtlinge auszusprechen und gegenüber den Landesinnenministern für eine wirkungsvolle Bleiberechtsregelung einzusetzen. Zuvor hatten Unionspolitiker eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, mit der die soziale Situation von Geduldeten und Asylsuchenden massiv verschlechtert würde, als Vorbedingung einer Bleiberechtsregelung in die Diskussion eingeführt.

Die zwischenzeitlich von den Innenministern beschlossene Bleiberechtsregelung wird nach ersten Erfahrungen nur einem Bruchteil der etwa 200.000 Betroffenen eine Aufenthaltsperspektive eröffnen. Der Interkulturelle Rat begrüßt daher die Absichtserklärung der Großen Koalition, eine weitergehende Regelung durch Gesetz zu beschließen und wird diesen Prozess in 2007 begleiten. Er wird zudem weiterhin einfordern, durch eine entsprechende Änderung des Zuwanderungsgesetzes dafür Sorge zu tragen, dass Kettenduldungen zukünftig abgeschafft werden.

3. Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen

Zum 1. September 2006 wurde beim Interkulturellen Rat in Deutschland mit Unterstützung des Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der Groeben-Stiftung ein bundesweites „Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen“ eingerichtet. Um das Miteinander von Muslimen und Nichtmuslimen in Deutschland zu verbessern, wurde im Rahmen des auf drei Jahre angelegten Projekts eine Stelle geschaffen, die



- dabei unterstützt, in schwierigen Sachfragen nach kreativen Lösungen zu suchen, die gleichermaßen die Interessen von Muslimen und Nichtmuslimen berücksichtigen;
- konkreten Vorwürfen intensiv nachgeht, unabhängig und neutral Tatsachenerhebung betreibt und sich darum bemüht, konkrete Konflikte – z.B. in der Arbeitswelt, in der Schule, bei Behörden oder anderen öffentlichen Einrichtungen – zwischen Muslimen und Nichtmuslimen zu versachlichen;
- auf beiden Seiten Missstände benennt und dokumentiert, die das Zusammenleben erschweren und
- durch Aufklärungs- und Informationsarbeit den wechselseitig vorhandenen Stereotypen und Vorurteilen begegnet.

Schon in der kurzen Projektlaufzeit seit dem 1. September 2006 hat sich herausgestellt, dass das Projekt sowohl bei Muslimen und ihren Vertretungen als auch bei Nichtmuslimen angenommen wird, wenn es darum geht, schwierige Sachfragen oder Konflikte konstruktiv zu bearbeiten. Im Rahmen einer Pressekonferenz am 4. Oktober 2006 wurde das Projekt in Frankfurt am Main einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Erarbeitet wurde zudem ein dreisprachiges Faltblatt, das über das Projekt und seine Ziele informiert und kostenlos beim Interkulturellen Rat angefordert werden kann.

Die ersten Anfragen und Eingaben, die an das Projekt herangetragen wurden, lassen perspektivisch drei Schwerpunkte erwarten, denen sich das Clearingprojekt stellen müssen:

1. Die Suche nach konstruktiven Lösungen konkreter und schwieriger Sachfragen, die zwischen den Interessen von Muslimen und Nichtmuslimen einen schonenden Ausgleich herstellen.
2. Ausübung eines Wächteramtes gegenüber Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (z.B. Politiker, Medienvertreter, Funktionäre, Vertreter der Religionsgemeinschaften). Manche Aussagen aus diesem Personenkreis greifen gewollt oder ungewollt wechselseitige Vorurteile und Stereotype auf und schreiben sie somit fest. In solchen Fällen wendet sich das Projekt unmittelbar an die Urheber einer Aussage, nimmt Stellung und bittet um eine erläuternde Erwiderung.
3. Das Leisten von Informationsarbeit zu Themen und Fragestellungen, die in der Öffentlichkeit oft nur kontrovers, verzerrt und einseitig diskutiert werden. Gegenwärtig ist das Projekt beispielsweise damit befasst, eine Information zu der vielfältigen Integrationsarbeit zu erarbeiten, die in den meisten Moscheen in Deutschland alltäglich geleistet wird. Damit soll dem verbreiteten Vorurteil begegnet werden, Moscheen seien Orte des Hasses und der Hasspredigten.

4. Dialog mit Muslimen – Das Deutsche Islamforum

Das Deutsche Islamforum ist ein Projekt der Groeben-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem *Interkulturellen Rat* und dem Rat der Türkeistämmigen Staatsbürger. Im Islamforum vertreten sind alle relevanten islamischen Gruppierungen in Deutschland sowie Persönlichkeiten aus dem staatlichen Bereich, der Wissenschaft, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen. In kritischen und offenen Gesprächen werden Probleme des Zusammenlebens zwischen Muslimen und Nichtmuslimen erörtert.

Im Berichtszeitraum waren Islamforen auf der Bundesebene, in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, in den neuen Bundesländern, in Bayern



und Berlin sowie auf kommunaler Ebene in Düren (NRW) etabliert und engagiert. Die Foren auf kommunaler und auf Landesebene arbeiten zwischenzeitlich weitgehend selbstständig. Sie werden von der Groeben-Stiftung durch die Bereitstellung von Sachmitteln im Bedarfsfall finanziell unterstützt. Zur Gewährleistung des Informationsaustausches wurde ein Koordinierungsrat eingerichtet, in dem Vertreterinnen und Vertreter der Islamforen mitarbeiten.

Im Berichtszeitraum hat das Islamforum Nordrhein-Westfalen eine Stellungnahme zur Thematik „Muslimische Kinder in der Schule“ erarbeitet und veröffentlicht. Das Deutsche Islamforum ist im vergangenen Jahr insgesamt zweimal zusammengetreten und hat dabei u.a. über die folgenden Fragen diskutiert:

- Dialogprinzipien des Deutschen Islamforums;
- Einbürgerungstests und Befragung von muslimischen Einbürgerungskandidaten in Hessen und Baden-Württemberg
- Verhältnis zwischen der Scharia und dem deutschen Strafrecht
- Integrationsarbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge für die Zielgruppe der Muslime sowie
- wechselseitige Erwartungen von Politik und Muslimen

Die Diskussionen im Deutschen Islamforum schlugen sich in zwei Publikationen nieder, die im Berichtszeitraum herausgegeben wurden:

- Im Juni 2006 wurde die „Arbeitsgrundlage für das Deutsche Islamforum“ veröffentlicht. Darin wurde u.a. festgeschrieben, dass die Verfassungsprinzipien, die auch die allgemeinen Menschenrechte einschließen, Grundlage der Arbeit des Islamforums sind. Weiter heißt es in dem Text: „Die Gleichberechtigung von Mann und Frau, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Selbstbestimmung oder auch die Religionsfreiheit gehören dazu. Unter Religionsfreiheit wird unter anderem verstanden, dass man in Religionen eintreten, austreten oder auch ohne Religion leben kann.“ Die Arbeitsgrundlage des Deutschen Islamforums kann kostenlos beim Interkulturellen Rat angefordert werden und steht auf der Homepage zum Download bereit.
- Im September 2006 veröffentlichte das Deutsche Islamforum eine Informationsschrift zur „Scharia als Glaubensweg von Muslimen“. Darin wird u.a. ausgeführt: „Es ist für Muslime nach der auf den Koran gestützten Überzeugung selbstverständlich, das jeweilige Gesetz des Landes, in dem sie leben, zu befolgen. Dazu werden insbesondere folgende Punkte hervorgehoben:
 - Die Religionsfreiheit schließt das Recht ein die Religion zu wechseln, eine andere oder auch keine Religion zu haben. In Glaubensfragen wird vom Koran jede Gewaltausübung und jeder Zwang untersagt. Die Todesstrafe für Apostasie (d.h. Abfall vom Islam) widerspricht der im Koran verankerten Glaubensfreiheit.
 - Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Schlagen von Männern, Frauen oder Kindern wird abgelehnt. Ebenso werden Beschneidungen von Mädchen und jungen Frauen verurteilt.
 - Die Befolgung der jeweiligen lokalen Rechtsordnung ist gemäß der Scharia für Muslime verpflichtend. Das schließt die Anerkennung des deutschen Ehe-, Erb- und Prozessrechts ein.



- Begrüßt wird das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland, in dem Staat und Religion grundsätzlich getrennt sind und wo in Bereichen wie dem Religionsunterricht eine Zusammenarbeit erfolgt.
- Die Missachtung der Menschenrechte ist überall und in jeder Form abzulehnen.“

Die Informationsschrift „Scharia als Glaubensweg von Muslimen“ wurde im Wortlaut in der Frankfurter Rundschau und in Auszügen in der Süddeutschen Zeitung abgedruckt. Sie kann kostenlos beim Interkulturellen Rat angefordert werden und steht auf der Homepage zum Download bereit. Zwischenzeitlich liegt auch eine türkische Übersetzung vor, die ebenfalls kostenlos angefordert werden kann.

5. Interreligiöser Dialog

a) Abrahamische Jugendtagung vom 23. bis 25. Juni in Arnoldshain

Engagierte und spannende Debatten bestimmten das 3. Junge Abrahamische Forum, das vom 23. – 25. Juni 2006 in der Evangelischen Akademie Arnoldshain stattfand. Die im Rahmen des entimon-Programms der Bundesregierung und von der Groeben-Stiftung geförderte Tagung wurde gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Arnoldshain ausgerichtet. 24 junge Menschen im Alter von 16 bis 26 Jahren aus dem ganzen Bundesgebiet erörterten die Frage, wie Antisemitismus und Islamophobie abgebaut werden können. Etwa gleich viele Jugendliche gehörten dem Judentum, Christentum und Islam an.

Gemeinsam wollen die jungen Menschen dazu beitragen, den Respekt zwischen den Religionen zu verbessern. Dafür sollen zukünftig ähnliche Veranstaltungen in Berlin, Köln, Rostock und Stuttgart durchgeführt werden. Die teilnehmenden Jugendlichen wollen sich bei den Vorbereitungen engagieren und andere dazu ermutigen, ohne Ängste bei den Tagungen des Jungen Abrahamischen Forums teilzunehmen.

b) Abrahamisches Forum und Abrahamische Teams

Im Abrahamischen Forum in Deutschland arbeiten Persönlichkeiten aus dem Zentralrat der Juden in Deutschland, der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, dem Zentralrat der Muslime in Deutschland, DITIB und anderen zusammen. Das Abrahamische Forum ist am 6. Februar 2001 gegründet worden. Anlässlich seines 5-jährigen Bestehens wurde im Februar 2006 in Heppenheim/Bergstraße eine Festveranstaltung durchgeführt. Im Berichtszeitraum traf sich das Abrahamische Forum insgesamt zweimal und erörterte interreligiöse Fragestellungen wie z.B. die Regensburger Papstrede und die Arbeit der Abrahamischen Teams.

Das Abrahamische Forum in Deutschland veröffentlichte im September 2006 unter dem Titel „Freiheit fordert Verantwortung“ einen ausführlichen Diskussionsbeitrag zu dem seit der Veröffentlichung vom Mohammed-Karikaturen in der „Jyllands-Posten“ im Jahr 2005 andauernden „Karikaturenstreit“ sowie im Februar 2006 eine Informationsschrift – „Gemeinsame Feiern zum Opferfest“ –, die über die gemeinsamen Anknüpfungspunkte und Wurzeln des im Islam zweitwichtigsten Feiertages für alle abrahamischen Religionen informierte. Beide Schriften stehen auf der Homepage des Interkulturellen Rates zum Download bereit. In 2006 wurden gemeinsame Feiern zum muslimischen Opferfest in Kooperation mit DITIB und den Lions Clubs International in Rüsselsheim, Darmstadt und Frankfurt am Main durchgeführt.



Die Veranstaltungen mit Abrahamischen Teams (Dreier-Teams mit je einem/er Vertreter/in des Judentums, Christentums, Islam) in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit erfreuten sich auch in 2006 guten Zuspruchs. Insgesamt konnten 20 Veranstaltungen mit etwa 1.000 Teilnehmern/innen in Schulen, Universitäten, Kirchengemeinden und an anderen Orten ermöglicht werden.

6. Informationsarbeit

In seinen *Infoblättern* informiert der *Interkulturelle Rat* in unregelmäßigen Abständen über die Arbeit in den einzelnen Projekten. Im Jahr 2006 wurden insgesamt drei IR-*Infoblätter* veröffentlicht. Auf der Homepage des *Interkulturellen Rates* sind weitere Informationen und Pressemitteilungen einzusehen.

7. Geschäftsstelle

Bis September 2006 betreute Frau Irmel Meier für die Groeben-Stiftung im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung in der Geschäftsstelle das Projekt „Deutsches Islamforum“. Mit der Einrichtung des „Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen“ zum 1. September 2006 leitete Frau Meier beim Interkulturellen Rat im Rahmen einer halben Stelle das im entimon-Prgramm bis zum 31. Dezember 2006 geförderte Projekt „Internationale Woche gegen Rassismus“. Nach Auslaufen der Förderung hat Frau Meier ihre Tätigkeit beim Interkulturellen Rat leider beenden müssen. Wir danken ihr sehr für ihre Mitarbeit und ihr Engagement und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute.

Der ehrenamtliche Geschäftsführer des Rates, Herr Torsten Jäger, leitete bis zum 31. August 2006 das Projekt „Internationale Woche gegen Rassismus“ und hat zum 1. September 2006 die Leitung des neu eingerichteten „Clearingprojekt: „Zusammenleben mit Muslimen“ übernommen.

Bis August 2006 engagierte sich Frau Sina Hatzfeld im Rahmen eines einjährigen Praktikums beim Interkulturellen Rat. Sie arbeitete am dem Projekt „Internationale Woche gegen Rassismus“ mit und war zudem Ansprechpartnerin für Aktivitäten im Rahmen des Abrahamischen Jugendforums. Auch Frau Hatzfeld danken wir sehr für ihre Mitarbeit und ihr Engagement. Für das Studium der Politikwissenschaft, das sie jetzt begonnen hat, wünschen wir ihr viel Erfolg.

Seit Oktober 2006 arbeitet Frau Susanne Schultz als Praktikantin in der Geschäftsstelle. Nach Auslaufen der entimon-Förderung zum 31. Dezember 2006 koordiniert Frau Schultz gemeinsam mit Torsten Jäger die Aktivitäten des Interkulturellen Rates für die Internationale Woche gegen Rassismus 2007.

8. Danksagung

Der *Interkulturelle Rat in Deutschland* bedankt sich bei allen Organisationen und Einrichtungen, die ihn im Jahre 2005 unterstützt haben. Dabei handelt es sich um das

Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen (entimon-Programm), die Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung, das Bundesministerium des Innern, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, PRO ASYL, die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, die Evangelische Kirche im Rheinland, die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, die Industriegewerkschaft Metall, den Rat der Türkeistämmigen Staatsbürger in Deutschland, das Forum gegen Rassismus, den Deutschen Ge-



werkschaftsbund, den SV Werder Bremen, das interreligiöse Projekt „Weißt Du wer ich bin?“, das Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main, die Lions Clubs International, die Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), den Deutschen Bundesjugendring, die Europaratskampagne „Alle anders – alle gleich“ und den Westdeutschen Rundfunk.

Besonders bedanken wir uns bei den Förderinnen und Förderern des Interkulturellen Rates, die uns auch im Jahr 2006 unterstützt und unsere Arbeit dadurch ermöglicht haben.